

Nedoschill, Jan

## **Aufbruch im Zwielficht – die Entwicklung der Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Zeit von Zwangssterilisation und Kindereuthanasie**

*Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie 58 (2009) 7, S. 504-517*

urn:nbn:de:bsz-psydok-49134

Erstveröffentlichung bei:

**Vandenhoeck & Ruprecht** WISSENSWERTE SEIT 1735

<http://www.v-r.de/de/>

### **Nutzungsbedingungen**

PsyDok gewährt ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit dem Gebrauch von PsyDok und der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### **Kontakt:**

#### **PsyDok**

Saarländische Universitäts- und Landesbibliothek  
Universität des Saarlandes,  
Campus, Gebäude B 1 1, D-66123 Saarbrücken

E-Mail: [psydok@sulb.uni-saarland.de](mailto:psydok@sulb.uni-saarland.de)  
Internet: [psydok.sulb.uni-saarland.de/](http://psydok.sulb.uni-saarland.de/)

# Aufbruch im Zwielicht – die Entwicklung der Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Zeit von Zwangssterilisation und Kindereuthanasie<sup>1</sup>

Jan Nedoschill

## Summary

*Breakup During Twilight – the Development of Child and Adolescent Psychiatry During the Time of Forced Sterilisation and Child Euthanasia in National Socialism*

The evolution of professional child psychiatry partly took place against a historically difficult background: the National Socialism. Physicians who shaped the profession scientifically were at the same time offenders in forced sterilisation and euthanasia. Substantiated understanding of the professional history implies a differentiated examination of relevant biographies. The careers of Werner Villingner and Hans Heinze are being outlined and related to the historical context. A distinct and satisfactory understanding has not taken place during postwar period in Germany. However, in the meantime there has grown an awareness and also a consternation about the incidents due to research and publications.

*Prax. Kinderpsychol. Kinderpsychiat. 58/2009, 504-517*

## Keywords

Child psychiatry – National Socialism – forced sterilisation – child euthanasia

## Zusammenfassung

Die Entwicklung des Faches Kinderpsychiatrie fand teilweise vor einem zeitgeschichtlich schwierigen Hintergrund statt: dem Nationalsozialismus. Ärzte, die das Fach wissenschaftlich mitprägten, waren zugleich Täter in den Machenschaften von Zwangssterilisation und Euthanasie. Ein fundiertes Verständnis der Fachgeschichte setzt die differenzierte Auseinandersetzung mit den Biographien voraus. Die beruflichen Werdegänge von Werner Villingner und Hans Heinze werden skizziert und in Beziehung zum geschichtlichen Kontext gesetzt. Eine klare und zufriedenstellende Aufarbeitung hat in der deutschen Nachkriegszeit nicht stattge-

---

<sup>1</sup> Dieser Aufsatz stellt die gedruckte Version eines Vortrags auf der Tagung „Kinderpsychiatrie und Nationalsozialismus“ in der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie des Klinikums Nürnberg am 5.5.2007 dar. Ein Vortrag, noch dazu auf einer nicht nur Fachpublikum zugänglichen Tagung, muss sich naturgemäß auf die Exzerpierung wesentlicher und anschaulicher Details beschränken und stellt keinen Anspruch auf wissenschaftliche Vollständigkeit dar. Nähere und umfassende Angaben finden sich in den weiteren Publikationen des Autors (Nedoschill, 2001; Castell, 2003).

funden, was auch im Verlauf der durchgeführten Gerichtsverfahren gegen die Täter sichtbar wird. Dennoch ist mittlerweile auch durch Forschung und Publikationen in Fachkreisen ein Bewusstsein und eine Betroffenheit über das Geschehene entstanden.

## Schlagwörter

Kinderpsychiatrie – Nationalsozialismus – Zwangssterilisation – Kindereuthanasie

Trotz einiger Jahre der intensiven Auseinandersetzung mit der Instrumentalisierung der Psychiatrie durch den Nationalsozialismus ist es uns heute noch immer nicht wirklich gut gelungen, das Geschehene zu begreifen. Man erlebt in Vorträgen zu diesem Thema immer wieder tiefe Betroffenheit, aber eben auch Fassungslosigkeit über das Verhalten der Täter. Es bedarf stets eines weiten Ausholens, um nicht nur Konzept und Struktur zu erfassen, sondern auch die Frage zu beantworten, was geschehen musste, um Menschen dazu zu bewegen, freiwillig und überzeugt zu Mittätern zu werden, womöglich im Glauben, dem Volk etwas Gutes zu erweisen und im Sinne der Medizin zu handeln. Ein möglicher Ansatz ist, anhand nachgezeichneter Biographien die persönliche Involvierung Einzelner in dieses System zu betrachten. Betrachten wir zunächst das Zeitgitter in Tabelle 1.

**Tabelle 1:** Ausgewählte Personen vor dem Hintergrund geschichtlicher Ereignisse

1922	Tübingen, Nervenklinik: 1. Kinderabteilung	Werner Villinger	
1926	Leipzig, Psychiatrische Klinik: Jugendpsychiatrische Beobach- tungsabteilung	Paul Schröder Hans Heinze	
1933		Werner Villinger	Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses
1937	Paris: Erster Internationaler Kon- gress für Kinderpsychiatrie	Paul Schröder Werner Villinger	
1939		Hans Heinze	Kindereuthanasie: Reichsaus- schuss, Hitler-Erlass
1/1940- 8/1941		Hans Heinze, Werner Villinger	„Aktion T4“
1940	Wien: Gründung der „Deutschen Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik“	Paul Schröder Werner Villinger	
1941	Tod Paul Schröders Neuer Vorsitzender	Hans Heinze	
1950	Neugründung der Fachgesellschaft	Werner Villinger	

Die Gründungen erster kinderpsychiatrischer Abteilungen waren 1911 in Wien, 1920 in Tübingen (durch Werner Villinger), 1921 in Berlin, 1926 Leipzig (durch Paul Schröder). Parallel ereigneten sich zeitgeschichtlich relevante Dinge: Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses wurde 1933 erlassen, was in seiner Anwendung auch mit dem Namen Villinger verbunden ist, und die Kindereuthanasie sowie die „Aktion T4“ nahmen ihren Lauf, womit wir, wie noch gezeigt wird, die Namen Heinze und Villinger verbinden können.

## 1 Zur Zeitgeschichte

Das nationalsozialistische Regime verabschiedete am 14. Juli 1933 das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, mit dem erstmals die theoretischen Überlegungen der Eugenik in die Praxis umgesetzt werden konnten. Die Folge waren ca. 400.000 Sterilisationen psychisch oder körperlich Kranker.

Im Verlauf des Jahres 1939 zog die „Kanzlei des Führers“ unter Reichsleiter Bouhler mehrere Experten zu Beratungen über die geplante Kindereuthanasie zusammen. Ziel der Aktion war, Säuglinge und Kleinkinder, die an bestimmten, vorher festgelegten Krankheiten litten, in neugegründete „Kinderfachabteilungen“ aufzunehmen, um sie dort zu beobachten und zu töten. Bei dem hier erwähnten „Reichsausschuß“ handelte es sich um einen Tarnnamen, der dazu diente, die „Kanzlei des Führers“ nicht als direkten Auftraggeber in Erscheinung treten zu lassen. Diesem Gremium, hieß korrekt „Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden“. Schätzungen zufolge starben etwa 5.000 Kinder im Rahmen dieser „Kindereuthanasie“

Die planmäßige Tötung geisteskranker Erwachsener durch das NS-Regime im Rahmen der „Aktion T4“ ist eine Vorgehensweise, die sich in mehrfacher Hinsicht von der Kindereuthanasie unterscheidet: sie wurde später und intensiver und von wesentlich mehr und größtenteils anderen Funktionären geplant, hatte eine andere bürokratische Infrastruktur und tötete mit anderen Methoden eine größere Anzahl von Menschen. Die von den über 40 „Gutachtern“ selektierten Patienten wurden mit Bussen abgeholt und in Tötungsanstalten durch Gas getötet. Wegen massiver Proteste aus der Bevölkerung musste die „Aktion T4“ im Sommer 1941 abgebrochen werden, man versuchte jedoch, durch Erhöhung der Altersgrenze bei der „Kindereuthanasie“, „dem ausgefallenen Programm einen gewissen Ersatz zu bieten“. Man vermutet, dass alleine in diesem Zeitraum etwa 70.000 Menschen ermordet wurden.

## 2 Werner Villinger

Das ethische Handeln eines Arztes orientiert sich auch am Zeitgeist. Was gestern selbstverständlich war, kann heute obsolet sein. Der Arzt als Handelnder muss sich mit zwei

Fragen auseinandersetzen: erstens, ob sein Tun mit den zeitgenössischen ethischen Prinzipien übereinstimmt, und zweitens, ob ihm diese Übereinstimmung auch gerechtfertigt erscheint, oder ob sein Tun sich vor dem Hintergrund seiner eigenen ethischen Maßstäbe nicht vom Zeitgeist abheben sollte. Ein Grund, konform mit der zeitgenössischen Ethik handeln zu wollen, kann das Bedürfnis sein, systemkonform zu bleiben, möglicherweise auch, kein negatives Aufsehen zu erregen. In der heutigen Zeit kann sich ein Forscher vor die Frage gestellt sehen, ob er die innerhalb enger Grenzen erlaubte Forschung mit embryonalen Stammzellen betreiben möchte. Eine Weigerung, das zu tun, mag vermeintliche oder tatsächliche wissenschaftliche Nachteile mit sich bringen, wird aber wohl kein negatives Aufsehen erregen. Vor knapp 70 Jahren machte das herrschende politische System den Ärzten die Entscheidung schwerer. Das 1933 nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten erlassene „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ war eben ein Gesetz, hatte aber, da es die Sterilisation bestimmter geistig Behinderter und psychisch Kranker anordnete, ethische Implikationen. Der Psychiater Werner Villinger, der als einer der Begründer der Kinder- und Jugendpsychiatrie gilt, musste sich in seiner Funktion als Klinikdirektor der Aufgabe stellen, für die Umsetzung des Gesetzes an seiner Patientenkielentel zuständig zu sein. Zur Beleuchtung dieser Problematik sollen einige Fakten geschildert werden.

Zunächst zur Biographie: Werner Villinger wurde 1887 geboren. Es folgten Abitur, Studium und Kriegsteilnahme. Den ersten Kontakt mit der Kinderpsychiatrie schloss Werner Villinger gleich nach dem Medizinstudium im Jahr 1920, als er direkt nach der Promotion die Leitung der von Robert Gaupp gerade neu gegründeten kinderpsychiatrischen Abteilung an der Tübinger Nervenklinik übernahm.

Schon hier kommt ihm historische Bedeutung zu, denn diese Abteilung war die erste deutsche Kinderpsychiatrische Abteilung an einer Universitätsklinik; ihre einzige Vorgängerin war die Abteilung in Wien, gegründet 1911. Als Villinger 1920 an der Tübinger Klinik diese Abteilung zu leiten begann, war er bereits 33 Jahre alt. Ihm kommt auch das Verdienst zu, den Begriff „Kinderpsychiatrie“ erstmals in der Literatur verwendet zu haben, als er nämlich 1923 in einer Publikation in der „Zeitschrift für Kinderforschung“ über die ersten Ergebnisse der Tübinger Arbeit berichtete. Seit dieser Zeit ließ die Kinderpsychiatrie Villinger nie wieder ganz los. Von 1926 bis 1934 war er beim Jugendamt Hamburg und gleichzeitig an der Psychiatrischen Klinik der Universität Hamburg tätig. Immer wieder publizierte er in der Zeitschrift für Kinderforschung, 1934 wurde er dort auch Mitherausgeber und 1936 Schriftleiter und alleiniger Herausgeber. 1934-1939 war er Chefarzt der v.-Bodelschwinghschen Anstalten in Bielefeld-Bethel, und als solcher an den Sterilisationsmaßnahmen des nationalsozialistischen Regimes beteiligt.

Das nationalsozialistische Regime verabschiedete am 14. Juli 1933 das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, mit dem erstmals die theoretischen Überlegungen der Eugenik in die Praxis umgesetzt werden konnten. Die Folge waren ca. 400.000 Sterilisationen psychisch oder körperlich Kranker. Der Gesetzestext begann wie folgt:

„§1. Wer erbkrank ist, kann durch chirurgischen Eingriff unfruchtbar gemacht (sterilisiert) werden, wenn nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß seine Nachkommen an schweren körperlichen oder geistigen Erbschäden leiden werden. Erbkrank im Sinne dieses Gesetzes ist, wer an einer der folgenden Krankheiten leidet: 1. angeborenem Schwachsinn, 2. Schizophrenie, 3. zirkulärem (manisch-depressivem) Irresein, 4. erblicher Fallsucht, 5. erblichem Veitstanz (Huntingtonsche Chorea), 6. erblicher Blindheit, 7. erblicher Taubheit, 8. schwerer erblicher körperlicher Mißbildung. Ferner kann unfruchtbar gemacht werden, wer an schwerem Alkoholismus leidet.

§2. Antragsberechtigt ist derjenige, der unfruchtbar gemacht werden soll. Ist dieser geschäftsunfähig oder wegen Geistesschwäche entmündigt oder hat er das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet, so ist der gesetzliche Vertreter antragsberechtigt; [...].“

Der zweite Paragraph räumt ausdrücklich die Möglichkeit der Sterilisation von Kindern und Jugendlichen ein.

Nachdem Villingen im Januar 1934 Chefarzt in Bethel geworden war, wurde er bereits im Februar von Pastor Friedrich v. Bodelschwingh, dem Leiter der Anstalt, als „Vertreter von Bethel“ für den „Ständigen Ausschuß für eugenetische Fragen“ vorgeschlagen. Er nahm in den folgenden Jahren an zahlreichen Sitzungen des Ausschusses teil.

Auf einer Sitzung des Ausschusses am 13. Juli 1934 sagte Villingen einen Satz, der in der Literatur zitiert und als Beleg für die sogenannte „Sterilisationswut“ Villingers gewertet wurde: *„Von den rund 3000 Pflegelingen in Bethel haben wir etwa 1700 zur Anzeige gebracht“*. Villingen fuhr in dem Wortbeitrag allerdings fort: *„Das bedingt nicht, dass ebensoviel Anträge gestellt werden, weil viele Dauerpatienten sind, die verwahrt bleiben“*. Eine „Anzeige“ eines meldepflichtigen Falls bedeutete also noch nicht den Antrag auf Sterilisierung. Villingen passte sich hier – wie häufig in seiner Biographie – den Gegebenheiten an und bemühte sich um Gesetzestreue, indem er zumindest der Meldepflicht nachkam. 1937 beklagte er sich allerdings auf einer Ausschusssitzung über die inzwischen „verschärfte“ Anzeigepflicht: *„Es gibt doch Fälle, z. B. Kinderlähmung und Little, wo eine äußere Ursache zweifellos als mitwirkend angenommen werden kann. Auch diese sollen angezeigt werden“*. Um der Anzeigepflicht zu genügen, aber dennoch Patienten vor der Sterilisierung zu bewahren, versuchte er, Anträge so zu formulieren, dass sie vom Erbgesundheitsgericht wahrscheinlich *abgelehnt* wurden.

Zweifellos war Villingen kein „Saboteur“ des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Er selbst sprach sich auch deutlich gegen diesen Vorhalt aus: *„Kollegen haben uns verdächtigt und gesagt, Bethel sabotiert natürlich das Gesetz. Dagegen habe ich mich zur Wehr gesetzt“*. Seine Auffassung von Ausgewogenheit bestand darin, dem Gesetz treu zu sein, aber selbst abzuwägen. Dass diese Abwägung in einer Vielzahl von Fällen zur Sterilisierung der Betroffenen führte, ist unbestreitbar. Wie viele Patienten unter Villingers Leitung in Bethel sterilisiert wurden, lässt sich nicht mehr feststellen. In einem Vortrag erwähnte er 750 gemeldete Fälle in Bethel, aber es liegen keine Daten über die tatsächlichen Zahlen vor.

Beim ersten Internationalen Kongress für Kinderpsychiatrie 1937 in Paris gehörte Werner Villinger dem Ehrenkomitee an, war in einer Kongressankündigung auch als Referent aufgeführt, war aber an der persönlichen Teilnahme verhindert. 1940 wurde in Wien im Rahmen der „kinderkundlichen Woche“ die erste deutsche Fachgesellschaft unter dem Namen „Deutsche Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik“ gegründet. Der Leipziger Ordinarius für Psychiatrie, Paul Schröder, wurde zum Vorsitzenden gewählt, Werner Villinger, 53jährig, wurde Schriftführer.

Auch diese Tagung in Wien war eine „braune Tagung“ – viele der 500 Teilnehmer trugen Uniform. Villinger hielt einen Vortrag über das Thema „Erziehung und Erziehbarkeit“ und versuchte auch hier, dem Zeitgeist zu entsprechen, indem er behauptete, dass die „autoritäre Staats- und Jugendführung“ im Dritten Reich zu einem Rückgang der durch Umweltbedingungen ausgelösten Schwererziehbarkeit geführt habe. Er propagierte ein „Bewahrungsgesetz“ zur Unterbringung von „Unerziehbaren“ in „Arbeitskolonien“. Es muss offen bleiben, ob Villinger von der Existenz des damals schon offiziell bestehenden „Jugendschutzlagers“ in Moringen wusste.

Schröder starb 1941 unerwartet, Villinger führte die Geschäfte der Gesellschaft kommissarisch und wäre gern sein Nachfolger geworden. Er schrieb auch, dass Schröder ihn zu Lebzeiten als „präsumptiven Nachfolger“ bezeichnet hatte. Aus politischen Gründen entschied man sich auf der Ebene der Reichsführung aber für einen anderen Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik: Hans Heinze aus Brandenburg-Görden, der hier in Zusammenhang mit der Kindereuthanasie noch Erwähnung finden wird (s. auch Beddies, 2009). Faktisch hatte dies aber keine Konsequenzen, da die Geschäfte der Fachgesellschaft im Rahmen der Kriegssereignisse ohnehin zum Erliegen kamen; es wurden keine Kongresse mehr durchgeführt, die letzte Ausgabe der „Zeitschrift für Kinderforschung“ erschien im April 1944.

Über Villingers Beteiligung an der Euthanasie-Aktion T4 ist viel spekuliert worden, aber wenig faktisch bekannt. Es gibt zwei Gutachterlisten, in denen er mit Eintrittsdatum 28. März 1941 geführt wird. Am 20. August 1943 schrieb Paul Nitsche, der medizinische Leiter der Aktion T4, einen Brief. Darin heißt es am Ende: „Besonders betonen möchte ich nochmals, dass Herr Prof. Dr. Villinger keine Gutachter-Sendung erhält und wenn, dann in besonderen Fällen nur auf meine Anweisung und nur von mir ausgesuchte Fotokopien.“ Welcher Art die genannten besonderen Fälle sind, muss offen bleiben. Sollten es besonders „leichte“ Fälle gewesen sein, bei denen schon vorher feststand, dass Villinger die Verlegung in eine Tötungsanstalt ablehnen konnte?

Villinger selbst bestritt zeitlebens eine Beteiligung an der Aktion. Am 25. August 1960 wurde er erstmals als Zeuge in einem anderen Verfahren vernommen und erklärte, seine erste Berührung mit der Euthanasie habe er im Frühjahr 1940 zu Beginn seiner Tätigkeit in Breslau gehabt, als er erfuhr, dass ein Cousin, der als Patient in einer Heilanstalt behandelt wurde, in eine andere Anstalt verlegt worden und dort verstorben war. Er sei daraufhin ins Reichsinnenministerium gegangen, um den Vorfall zu klären. Er sei bis zum zuständigen Referenten Dr. Linden gelangt, der ihm erklärt habe, „daß im Anschluß an die Schrift von Binding-Hoche eine Aktion im Gange sei, deren Sinn



es sei, unheilbare Geisteskranke zu ‚euthanasieren‘. Es sei dies der persönliche Wunsch Hitlers. Es läge aber ein Beschluß des Reichsverteidigungsrates vor. Er fügte hinzu, daß Beschlüsse des Reichsverteidigungsrates Gesetzeskraft hätten und daß daher jegliche Diskussion über dieses Thema unangebracht sei. Er zeigte mir eine Art Gesetzesentwurf, der mit einer Präambel versehen und in einzelne Paragraphen unterteilt war.“ Villinger berichtete ergänzend: „Aus meiner entgegengesetzten Einstellung habe ich Dr. Linden gegenüber kein Hehl gemacht.“ Bezüglich seiner eigenen Tätigkeit erklärte er: „Die Universitäts-Nervenklinik in Breslau ist niemals aufgefordert worden, die damals üblichen Meldebögen auszufüllen. (...) Ich selbst war nie als Gutachter tätig. Ich darf hierzu bemerken, daß ich bereits von meiner Tätigkeit in Bethel her als Gegner der rassepolitischen Maßnahmen der NSDAP bekannt war und ich Dr. Linden ganz klar gesagt habe, daß ich ein absoluter Gegner der Euthanasieaktion sei. Es ist schon deshalb völlig ausgeschlossen, daß man mir bei Kenntnis dieser meiner Einstellung Meldebogen zur Begutachtung vorgelegt haben würde oder dies etwa nur erwogen haben könnte. Es hat auch niemals jemand versucht, mich für eine solche Tätigkeit zu gewinnen.“ Kurt Meumann, der in der T4-Aktion an der Schaltstelle saß, sagte aber: „Von Prof. Dr. Villinger weiß ich, daß er etwa im Herbst 1942, vielleicht auch sogar noch später, als Gutachter herangezogen wurde. Er schied aber sehr bald aus, richtiger gesagt, wurde er sehr bald nicht mehr bei Meldebogensendungen berücksichtigt, weil er die Begutachtung nur sehr schleppend vornahm. Wegen dieses Verhaltens und der daraus für die Registratur folgenden Schwierigkeiten, kann ich mich auch heute noch an die Heranziehung des Dr. Villinger als Gutachter erinnern.“

Dass die Euthanasieaktion schon zur damaligen Zeit Gegenstand der Diskussion in der Ärzteschaft war, belegt folgende Aussage Villingers: „In Kreisen der Psychiater wurde sehr oft der Wunsch laut, daß diese Aktion einmal im Rahmen einer Tagung zur Diskussion gestellt würde. Eine solche Tagung wurde zwar mehrmals in Aussicht gestellt und geplant (- jedenfalls waren schon Einladungen ergangen -). Zu einer Ausführung kam es jedoch nicht, weil sie im letzten Augenblick von ministerieller Seite abgesagt worden sind.“

### 3 Hans Heinze

Hans Bruno Heinze wurde am 18. Oktober 1895 als 13. von 14 Kindern eines selbständigen Kaufmannes und stellvertretenden Bürgermeisters in Elsterberg im Vogtland geboren. Er besuchte dort die Bürgerschule, wechselte nach Leipzig, legte nach Kriegsbeginn das Notabitur ab und studierte nach Kriegsende Medizin. 1923 folgte die Promotion. Schon während seines Studiums heiratete Hans Heinze im Jahre 1920 seine Frau Charlotte. Aus der Ehe gingen vier Kinder hervor, die 1923, 1926, 1928 und 1939 geboren wurden.

Von 1925 bis 1934 arbeitete Heinze als Assistenzarzt an der Psychiatrischen- und Nervenklinik der Universität Leipzig, wo seine Orientierung zur Kinder- und Jugend-



psychiatrie erfolgte. Der Ordinarius der Leipziger Klinik war Professor Paul Schröder, der hier 1926 eine Jugendpsychiatrische Beobachtungsabteilung eingerichtet hatte. Heinze datierte ihre Entstehung in einer späteren Aussage auf das Jahr 1927 und gab auch an, die Abteilung selbst gegründet zu haben und ihr Leiter gewesen zu sein. In diese Zeit fallen seine ersten Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Jugendpsychiatrie. In Fachkreisen bekannt wurde er vor allem durch seine „erläuternden Beispiele“ in Schröders Lehrbuch „Kindliche Charaktere und ihre Abartigkeiten“.

Im Oktober 1932 habilitierte sich der 37-Jährige an der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig. Anfang 1934 wurde er nach eigenen Angaben vom Oberpräsidenten der Mark Brandenburg aufgefordert, sich um die Stelle des Direktors der Brandenburgischen Landesanstalt Potsdam zu bewerben, die ihm zum 1. Mai 1934 übertragen wurde. Da Heinze sich im Laufe seiner Assistentenjahre auf das Gebiet der Jugendpsychiatrie spezialisiert hatte und die Potsdamer Anstalt über eine umfangreiche jugendpsychiatrische Abteilung verfügte, entsprach diese Ernennung seinen Wünschen und Neigungen. Im Januar 1935 erhielt Heinze zusammen mit seinem Oberarzt Dr. Ernst Illing, der später im Rahmen der Kindereuthanasie auch noch von sich reden machen sollte, die Genehmigung zur Ausübung des Nebenamtes als psychiatrischer und neurologischer Sachverständiger für die ordentlichen Gerichte und die Verwaltungsbehörden.

1938 wurden die Räumlichkeiten der Potsdamer Anstalt für das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg benötigt; daher wurde die Anstalt im Herbst 1938 aufgelöst und nach Görden in die dortige Brandenburgische Landesanstalt verlegt und dieser eingegliedert. Dort war Heinze vom 15. November 1938 bis zum 20. Oktober 1945 als Direktor tätig. Im Jahre 1938 hatte die Anstalt 2.600 Betten, davon rund 1.000 für jugendliche Patienten.

Schon kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten war Heinze am 1. Mai 1933 der NSDAP beigetreten. Später wurde er Mitglied des Rassepolitischen Amtes der Partei im Gau Kurmark, des Beamtenbundes, des NS-Dozentenbundes und der NSV. Mit dem Gedanken der Euthanasie hatte er sich bereits während seiner Zeit in Leipzig (1918–1934) auseinandergesetzt. Später sagte er aus, er sei schon während seines Medizinstudiums in Leipzig nachhaltig von Karl Binding beeindruckt gewesen, einem Leipziger Juristen, der zusammen mit dem Freiburger Psychiater Alfred E. Hoche im Jahre 1920 die Schrift „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“ herausgegeben hatte. Hier wird von „Ballastexistenzen“ gesprochen und das Am-Leben-Erhalten von „geistig Toten“ als wirtschaftliche und moralische Bürde für die Umgebung dargestellt: „Es ist eine peinliche Vorstellung, daß ganze Generationen von Pflegern neben diesen leeren Menschenhülsen dahinaltern.“ Die Euthanasie von Neugeborenen und Kleinkindern wird zwar noch nicht befürwortet, andererseits wird aber klar die nötige Einwilligung des Betroffenen verneint: „Und zwar kommt es dabei auf die Einwilligung des gequälten Menschen gar nicht an. Natürlich darf die Handlung nicht seinem Verbot zuwider vorgenommen werden, aber in sehr vielen Fällen werden momentan Bewußtlose Gegenstand dieses heilenden Eingriffes sein müssen.“ Zwar hatte es bereits seit den Veröffentlichungen der Sozialdarwinisten im

19. Jahrhundert in diese Richtung tendierende Überlegungen gegeben, neu bei Binding und Hoche war jedoch die Argumentation mit ökonomischen Momenten. Es ist aufschlussreich, dass während der Vorbesprechungen zur Durchführung der Euthanasie im Sommer 1939 von Seiten der anwesenden Ärzte, zu denen Heinze gehörte, die Forderung formuliert wurde, die geplanten Maßnahmen auf der Grundlage der Schrift von Binding/Hoche durchzuführen.

Wir können demnach zusammenfassend festhalten: Hans Heinze war Leiter der ersten Kinderfachabteilung und fungierte als einer der drei Gutachter, zu denen die Meldebögen über kranke Kinder aus dem gesamten Reichsgebiet geschickt wurden. Er verkörpert in gewisser Weise einen Prototyp des preußischen Beamten, der äußerst fleißig und pflichtbewusst den an ihn gestellten Anforderungen nachkommt. Von kritischer Überprüfung oder gar Widerstand konnten wir beim Durcharbeiten des Archivmaterials nichts finden.

Zurück zur Biographie Hans Heinzes: Auf der Gründungstagung der Deutschen Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik in Wien 1940 wurde der Leipziger Paul Schröder zum Vorsitzenden gewählt. Nach seinem unerwarteten Tod 1941 war unklar, wer seine Nachfolge antreten sollte; zur Diskussion standen Werner Villingner und Hans Heinze. Auch Heinze war 1937 auf dem Ersten Internationalen Kongress für Kinderpsychiatrie in Paris als Teilnehmer gewesen, über eine Teilnahme am ersten deutschen Symposium 1940 in Wien ist jedoch nichts bekannt. Schließlich wurde er zum Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik ernannt – ein Umstand, der in der Literatur bisher nur umschrieben wurde; so formulierte Stutte, der diese Entwicklung seinerzeit mitverfolgt hatte, 1981: „Der einmütig gewählte Vorsitzende Prof. Schröder starb im Folgejahr; der von ihm als Nachfolger nominierte Schriftführer Prof. W. Villingner trat zwar offiziell die Nachfolgeschaft an, konnte jedoch während der Kriegsjahre – dem von der Regierung angeordneten Kongreßverbot für alle wissenschaftlichen Gesellschaften entsprechend – ein Treffen der kinderpsychiatrisch Tätigen nicht arrangieren, zumal er durch einen ‚linientreuen‘ Kollegen als Vorsitzender der deutschen Gesellschaft vom Reichsgesundheitsamt abgelöst worden war.“

Im Rahmen unserer Forschungsarbeiten hatten wir Gelegenheit, mit einem der Söhne Heinzes zu sprechen, ebenfalls Professor für Kinder- und Jugendpsychiatrie, der zu diesem Zeitpunkt selbst bereits über 80 Jahre alt war. Er berichtete uns, dass sein Vater zur damaligen Zeit viele Stunden und Abende lang in seinem Arbeitszimmer über Akten saß; die Familie habe nicht gewusst, worum es sich handelte, naheliegend ist aus heutiger Sicht aber, dass er unter anderem Kindereuthanasie- und T4-Gutachten bearbeitete.

Mit Ende des Krieges wurde Heinze des Amtes enthoben. Der Spuk der Kindereuthanasie hatte ein Ende. Es folgte ein jahrelanges Verwirrspiel, in dem Heinze einige verschiedene Rollen einnahm. Ich möchte Ihnen daraus noch einige kurze Details berichten, um zu illustrieren, wie einer der Haupttäter zu den hinter ihm liegenden Geschehnissen stand und mit ihnen umging.

Für Heinze folgten monatelange Verhöre durch Angehörige der sowjetischen Besatzungsmacht; nach eigenen Angaben boten ihm die Sowjets an, eine Kinderab-

teilung wie in Görden auf der Krim zu errichten. Einer Zeugin gegenüber soll er 1945 behauptet haben, „er sei bereits zweimal von der NKDW verhaftet worden. Russische Soldaten standen vor dem Anstaltstor Wache. Als ich ihm riet, doch zu fliehen, sagte er mir, er sei nicht gefährdet, denn er habe den Russen bei seinen Vernehmungen gesagt, dass er einer der wichtigsten Leute in der Euthanasieaktion gewesen sei. Es gebe nur vier oder fünf Professoren, die über die Euthanasieaktion bis zum Letzten im Bilde seien und sie auch vorbereitet hätten. Er sei der einzige Überlebende und deshalb für die Russen außerordentlich wichtig, zumal die Russen ihm gesagt hätten, sie wollten die Euthanasie auch bei sich einführen. Da er den Russen genaue Auskunft geben könne, würden sie ihm nichts tun.“

Das Blatt wendete sich aber offenbar. Wegen antisowjetischer Propaganda wurde er zu sieben Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. Diese Strafe verbüßte er in verschiedenen Lagern der sowjetischen Besatzungszone; in dieser Zeit war von Euthanasie oder Nationalsozialismus natürlich keine Rede mehr; Heinze war Gefangener, konnte aber einige Jahre später schriftliche Aussagen von Mitgefangenen beibringen, die ihn als bescheidenen, hilfsbereiten, sogar aufopferungsvollen Kameraden und ärztlichen Helfer bezeichneten.

Nach Entlassung aus der Haft arbeitete er noch sieben Jahre lang als Kinderpsychiater, vornehmlich in Wunstorf, und wurde mit 65 Jahren im Jahr 1960 pensioniert. Die Justiz hatte gegen ihn schon seit 1950 ermittelt, ihn aber wegen der Haft zunächst nicht auffinden können, dies gelang erst 1956. Das Verfahren wurde 1958 zunächst eingestellt. Heinze hatte es geschafft, mit der während des Krieges üblichen Argumentation den Staatsanwalt zu täuschen: er behauptete, dass er schwerkranke Kinder lediglich „behandelt“, niemals aber getötet habe; die „Behandlung“ habe nur eine äußerst geringe Aussicht auf Erfolg gehabt, er habe sie zugunsten der Kinder jedoch angewandt, um keine Möglichkeit ungenutzt bleiben zu lassen. Es sei ihm „zu keiner Zeit überhaupt auch nur der Gedanke gekommen, ein Kind in meiner Anstalt durch Eingeben einer Überdosis von Medikamenten zu töten oder töten zu lassen, wie das bekanntermaßen in anderen Anstalten geschehen ist.“ Da eines seiner Forschungsgebiete die Epilepsie war, hatte er tatsächlich einen Teil der Kinder mit – antiepileptischen Dosen von – Luminal zu behandeln.

Erst 1959 kam die Hannoversche Staatsanwaltschaft durch eine Denkschrift des Pastors Braune, in der auch Heinze genannt wurde, erneut auf seine Spur. Belastende Aussagen wurden zusammengetragen, die Heinze zunächst vor allem als Mittäter bei der Euthanasie-Aktion T4 bezichtigten; erst durch die Aussagen Hans Helfmanns, der aus Argentinien zurückgekehrt war, wurde auch das Geschehen der Kindereuthanasie erhellt. 1961 räumte Heinze seine Tätigkeiten ein, sein Gesundheitszustand verschlechterte sich jedoch parallel zusehends, so dass 1962 eine erste amtsärztliche Begutachtung stattfand. Es folgten weitere, und Heinze erweckte immer mehr den Eindruck eines verbitterten und reduzierten alten Mannes. Ein Zitat einer Begutachtung: „Prof. H. war bereit, sich untersuchen zu lassen und war auch gewillt, die gestellten Fragen zu beantworten. Doch nach anfänglichem geordneten

Antworten glitt die Diktion erschreckend ab. Ohne Rücksicht auf die Wortwahl begann er sich zu beschweren – glitt in Unsachlichkeiten ab und war nur schwer zu beruhigen – nach dieser Explosion brach er in Tränen aus und marschierte im Zimmer umher.

Dann nahm er wieder Platz und begann erneute Fragen zu beantworten. Von sich stellte er fest, dass er nicht mehr könne. Er könne sich nicht mehr auf eine neue Situation einstellen. Es sei egal, was mit ihm nun sich ereigne! Auch wenn ich versuchte, ihn auf ein Thema zu bringen, das mit den Anschuldigungen nicht in Zusammenhang stand – nach kurzem Überlegen kamen seine Argumente, seine Überempfindlichkeit gegen den Fragenkomplex „Euthanasie“ deutlich wieder hervor. Nach einer erneuten Explosion entschuldigte er sich – um dann später wiederum in diese explosionsartige Aggressionslust gegen den Verhandlungspartner zu verfallen. Er ging soweit, glaubhaft zu äußern, dass er bei einer erneuten Vernehmung „Maulschellen“ austeilen werde. Nach jeder Explosion kam ein Weinanfall – in diesen Anfällen sah er sich auf Grund seiner Vorbildung als „Patient“: „Ich leide an Konzentrationschwäche“ – „Wegen meiner Reizbarkeit tut mir meine Frau leid“ – „Meine affektive Inkontinenz drückt meine Familie“.

Aus dem Bericht seiner Gattin konnte ich entnehmen, dass Prof. H. zu keiner geistigen Arbeit mehr geeignet ist. Am liebsten sitzt er in seiner Ecke und schaut aus dem Fenster oder macht mit seiner Frau Spaziergänge. Eine echte Unterhaltung sei nicht mehr möglich. Sein Sohn – der auch Psychiater ist – könne sich mit dem Vater nicht über wissenschaftliche Dinge unterhalten – er findet kein Interesse bei seinem Vater – und wenn ein Anflug von Interesse eintritt, ist es nur eine starke Kritik an Nebensächlichkeiten. Prof. H. soll kein Buch mehr lesen können. Die Tageszeitung blättere er durch. Das abendliche Fernsehen rege ihn nicht an – alles glitte so an ihm vorüber. Die nächtlichen Träume hätten nur ein Thema: die Qualen, die er durchgemacht habe. Es ist ihm nicht möglich zu verstehen, weshalb jetzt noch eine Untersuchung notwendig wäre, da er schon in der SBZ seine Strafe abgesessen habe.

Bei der näheren Exploration waren ihm neuere politische Ereignisse nicht bekannt. Auch neuere wissenschaftliche Erkenntnisse waren nicht geläufig und wurden als uninteressant gewertet. Auffallend sei es ihm, dass Jugenderinnerungen aufräten, von denen er gar nichts mehr gewußt habe. Auf meine Frage, ob er diese Erinnerungen wenigstens für seine Enkel aufschreibe, antwortete er, dass er dazu keine Kraft mehr habe. Auch aus den Äußerungen seiner Gattin entnahm ich, dass er zu Beantwortung persönlicher Briefe mehrere Entwürfe anfertige und dann doch nicht mehr zum Schreiben und Absenden käme.“

Das Gerichtsverfahren gegen Professor Hans Heinze wurde 1966 wegen Verhandlungsunfähigkeit endgültig eingestellt. Ähnlich erging es vielen anderen an der Kindereuthanasie beteiligten Ärzten. Heinze lebte noch 17 Jahre. Nach Angaben seines Sohnes verbrachte er die letzten Lebensjahre im Altenheim in Wunstorf und verstarb am 4. Februar 1983.

## 4 Die übrigen Täter

Welchen Weg gingen nun also die Täter? Werner Villinger blieb wie beschrieben unbehelligt und verstarb 1961. Hans Heinze blieb verhandlungsunfähig und verstarb 1983.

Die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft Hannover umfassen viele tausend Seiten. Der Vorwurf kann hier nicht erhoben werden, man habe sich mit den Tatsachen nicht beschäftigen wollen. Auch in der Presse wurde hier und da über die laufenden Verfahren berichtet. Dennoch bleibt unbefriedigend, dass im Grunde kaum Täter verurteilt wurden. Natürlich wissen wir, dass Karl Brand im Rahmen der Nürnberger Prozesse zum Tode verurteilt und 1948 in Landsberg am Lech auch hingerichtet wurde. Auch Heinzes Oberarzt Ernst Illing, der 1942 nach Wien wechselte und dort auch die Kinderfachabteilung leitete, wurde 1946 in Wien hingerichtet. Die meisten anderen Täter konnten aber zunächst einige Jahre unentdeckt bleiben; bei einigen meinte man bei Gericht, da das Motiv der Heimtücke fehle, könne nicht wegen Mordes, sondern allenfalls wegen Totschlags verurteilt werden, und der war nach 15 Jahren, also ab 1960, verjährt; den beiden anderen Hauptgutachtern der Kindereuthanasie, Catel und Wentzler, erging es 1964 so. Andere Angeklagte konnten wie Heinze oder die Ärzte der Ansbacher Kinderfachabteilung oder auch Hans Hefelmann, der bürokratische Organisator, als verhandlungsunfähig begutachtet werden. Jemand, der dies bis in die heutige Zeit geschafft hat, ist der Wiener Arzt Heinrich Gross (s. auch Brainin u. Teicher, 2009), der ebenfalls an der Wiener Kinderfachabteilung arbeitete und erst vor einigen Jahren, nun hochbetagt, wieder einmal in Wien vor Gericht stand, noch immer zum selben Themenkomplex, und wieder verhandlungsunfähig war.

## 5 Schlußgedanke

Man fragt sich, wie weit der Arm der totalitären Herrschaft eigentlich reicht. Auch die Gehirne der getöteten Kinder konnten bis vor einigen Jahren unversehrt in den hirnpathologischen Instituten in Deutschland bleiben. Zahlreiche, auch namhafte Forscher promovierten und habilitierten durch Untersuchungen an diesen Gehirnen, bis man sich der vollen Wahrheit endlich nicht mehr verschließen konnte und offizielle Bestattungen feierte.

Die deutsche Fachgesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie hat mittlerweile auch begonnen, mit ihrer Vergangenheit aufzuräumen und beispielsweise Ehrenmitgliedern der Gesellschaft, deren Euthanasie-Mittäterschaft nun evident ist, die Ehrenmitgliedschaft wieder abzuerkennen. Der Weg ist noch nicht zu Ende gegangen, und er wird es auch nie sein, weil wir nicht aufhören können, die Erinnerung an diese Ereignisse und ihre Erforschung aufrecht zu erhalten.

## Literatur

- Anon. (1943). Bericht über die 1. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik. *Zeitschrift für Kinderforschung*, 49, 1-118.
- Beddies, T. (2009). Die Einbeziehung von Minderjährigen und die nationalsozialistischen Medizinerbrechen, dargestellt am Beispiel der brandenburgischen Landesanstalt Görden. *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie*, 58, 518-529.
- Benzenhöfer, U. (1998). Der Fall „Kind Knauer“. *Deutsches Ärzteblatt* 95, A-1187-1189.
- Binding, K., Hoche, A. (1920). Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form. Leipzig: Felix Meiner.
- Brainin, E., Teicher, S. (2009). Terror von außen am Beispiel Spiegelgrund – Traumatische Erfahrungen in der Kindheit und deren Folgen. *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie*, 58, 530-552.
- Bürger-Prinz, H. (1942). Paul Schröder †. *Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie und ihre Grenzgebiete*, 119, 161-163.
- Castell, R., Nedoschill, J., Rupps, M., Bussiek, D. (2003): Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Deutschland in den Jahren 1937 bis 1961. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Darwin, C. (1859). *On the origin of species by means of natural selection*. London: Murray.
- Haeckel, E. (1898). *Natürliche Schöpfungs-Geschichte*. Berlin: Georg Reimer.
- Klee, E. (1983). Euthanasie im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Frankfurt am Main, Fischer.
- Mitscherlich, A., Mielke, F. (1990). *Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses*. Berlin: Verlag Volk und Gesundheit.
- Müller-Küppers, M. (1990). Staatlich angeordnete und sanktionierte Kindesmisshandlung und Kindstötung zwischen 1933 und 1945. In J. Martinius, R. Frank. (Hrsg.), *Vernachlässigung, Missbrauch und Misshandlung von Kindern* (S. 103-119). Bern: Hans Huber.
- Müller-Küppers, M. (1998). Die Entwicklung der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Nationalsozialismus. *Spektrum der Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde* 27, 122-129.
- Nedoschill, J., Castell, R. (2001). Kindereuthanasie im Nationalsozialismus: Die Kinderfachabteilung Ansbach in Mittelfranken. *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie*, 50, 192-210.
- Nedoschill, J., Castell, R. (2001). Der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik im Zweiten Weltkrieg. *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie*, 50, 228-237.
- Nissen, G. (1974). Zur Geschichte der deutschen Kinder- und Jugendpsychiatrie. *Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie*, 2, 149-162.
- Peiffer, J. (1997). *Hirnforschung im Zwielicht: Beispiele verführbarer Wissenschaft aus der Zeit des Nationalsozialismus*. Husum: Matthiesen.
- Richarz, B. (1987). *Heilen Pflegen Töten*. Göttingen: Verlag für Medizinische Psychologie im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht.
- Schmitz, H. A. (1938). Der erste internationale Kongress für Kinderpsychiatrie, Paris 1937. *Der Nervenarzt*, 11, 472-474.

- Schmuhl, H.-W. (1987). Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Schorsch (1942). Paul Schröder †. Archiv für Psychiatrie, 114, 441-443.
- Schröder, P., Heinze, H. (1928). Die Beobachtungsabteilung für jugendliche Psychopathen in Leipzig. Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie, 88, 189-197.
- Schröder, P. (1931). Kindliche Charaktere und ihre Abartigkeiten. Breslau: Ferdinand Hirt.
- Weygandt, W. (1937). Die Pariser Fachkongresse Sommer 1937. Psychiatrisch-Neurologische Wochenschrift, 39, 454-456.

### Gerichtsakten

- Anklage der StA beim LG Ansbach vom 12.7.1965 gegen Dr. I. A.-B. (Beihilfe zum Mord), 1 Js 1147/62
- Anklage des Generalstaatsanwalts Frankfurt a.M. vom 22.5.1962 gegen Werner Heyde, Gerhard Bohne und Hans Hefelmann (Mord), Js 17/59
- 1 Js 1147/62 StA beim LG Ansbach gegen Dr. Ingrid Asam-Bruckmüller
- 1 Js 5689/47 beim LG Ansbach gegen Hubert Schuch wegen Tötung von Kranken in der Heil- und Pflegeanstalt Ansbach
- 2 Js 237/56 StA beim LG Hannover gegen Hans Heinze, Werner Catel, Ernst Wentzler und Hanna Uflacker.
- 1 Js 148/60 beim LG Frankfurt/Main gegen Hefelmann
- 3d Js 2454/48 beim Schwurgericht Nürnberg gegen Wilhelm Einsle und Stephan Murar wegen Beihilfe zum Totschlag. Standort jetzt Staatsarchiv Nürnberg, StAnw. b. LG Nbg-F Nr. 2343/I

### Sonstige verwendete Dokumente

Heidelberger Dokumente; Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg. Diese Dokumente fand die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg im Schriftgut amerikanischer Militärgerichte im US-Hauptquartier für Europa in Heidelberg und stellte Kopien davon für die Verfahren betr. Euthanasie zusammen. Die Originale befinden sich heute in Washington, USA.

**Korrespondenzanschrift:** Dr. med. Jan Nedoschill, Praxis für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, Haydnstr. 27, 91074 Herzogenaurach;  
E-Mail: praxis@nedoschill.de